

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Gottling & Zährli
Hofstrasse
Franco gegen franco
Groszügelige Briefe
nach der Schweiz folgen
Zusatzporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 35.

Donnerstag, 24. August.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Drittelsjahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
M. 2.— für Deutschland (Gouvern.)
R. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate

Die dreizehnlithetige Zeile
zu Lit. — 20 Fl.

1882.

Leitungs- und Correspondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt man sich, und die dortigen
Verbreiter als alle Mäße geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, in die die kaiserliche Post im Postverkehr notwendig und
auch keine Beschränkung verfahren werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schütten. Dagegen ist es einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzurufen, sondern sich möglichst an irgend eine unverbottene
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unverfängliche Zahlungsmittel, mitgebracht werden. In zweifelhafte Fälle empfiehlt sich behufs größerer
Sicherheit Kassenanweisung. Soweit an uns liegt, werden wir gemäß unserer Mäße noch Kosten sparen, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

An die Parteigenossen!

Eine Reihe von Fragen, welche seit dem Wädener Kongress innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ausgetauscht und seitens der Genossen eine theilweise sehr abweichende Beurtheilung fanden, sowie besonders die in letzter Zeit im „Sozialdemokrat“ mehrfach angeregte Berufung eines Kongresses noch im Laufe dieses Jahres, ließen es für nothwendig erscheinen, die parlamentarischen Vertreter der Partei, sowie eine Anzahl Vertrauensmänner zu einer Besprechung dieser Angelegenheit zu berufen. Dieselben haben sich in den Tagen vom 19. bis 21. August in Zürich zusammen gefunden, und geben wir im Nachstehenden kurz dasjenige, was aus den stattgehabten Verhandlungen unter den bestehenden Verhältnissen in die Öffentlichkeit gebracht werden kann.

Als Gegenstände, welche während der dreitägigen Beratungen ihre Erledigung gefunden haben, seien aufgeführt:

Die Frage der Taktik, Organisationsangelegenheiten, bessere Regelung der Flugblätterverbreitung, Stand und Haltung des Parteiorgans, Verhalten zur deutschen Presse, Errichtung eines Parteiarchivs, Kassenangelegenheiten, Entscheidung über den Zeitpunkt der Berufung eines Kongresses, sowie eine Reihe verschiedener Angelegenheiten, Anträge, Beschwerden und so fort.

Zunächst können wir die erfreuliche Thatsache konstatiren, daß, obwohl auch während der Besprechungen über die Frage bezüglich der Taktik und der Haltung des Parteiorgans verschiedene Ansichten zu Tage traten, diese doch nur vom Standpunkt der Rüksichtslosigkeit sich geltend machten, eine eigentliche Meinungsverschiedenheit aber keineswegs zu Tage trat. Die Anregung bezüglich der Gründung eines Parteiarchivs fand allseitige Zustimmung. In Bezug auf einen Kongress der deutschen Sozialdemokratie wurde beschlossen, denselben im Laufe des nächsten Frühjahrs zu berufen, und werden die Genossen hoffentlich die Zeit bis dahin dazu benützen, die Vertretung zu einer recht allgemeinen zu machen. Allseitig trat die Ueberzeugung zu Tage, daß die deutsche Sozialdemokratie so einig und kampfbereit als je den ihr gestellten Aufgaben gegenüber steht und der Sieg trotz alledem uns werden muß.

Deutschland, Ende August 1882.

Anschließend an die vorstehende Mittheilung benachrichtigen wir die Genossen, daß die Arbeiten zur Einrichtung des Parteiarchivs bereits im Gange sind.

Das Archiv soll eine möglichst vollständige Sammlung aller auf unser Parteileben bezüglichen Dokumente und Schriftstücke sein. Es sind hierunter namentlich gemeint: die frühere sozialistische Literatur, von der hier und da sehr werthvolle Einzel-Exemplare im Privatbesitz sich befinden, unsere eigenen Parteibroschüren, Zeit- und Flugblätter-Literatur, die früheren und jetzigen Wahlaufzählungen, charakteristische Prozesse und dergleichen.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich an der Gründung und Vervollständigung des Parteiarchivs durch Beiträge aller Art recht eifrig zu betheiligen. Einsendungen sind an die bekannten Adressen der Expedition des „Sozialdemokrat“ zu richten und wird über deren Eingang in angemessenen Zeiträumen im Parteiorgan Bericht erstattet werden.

Zürich, Ende August 1882.

Die Verwaltung des Parteiarchivs.

Aufhebung des Ausnahmegesetzes?

II.

Wer auf Grund des Ausnahmegesetzes bestraft wird, kann nur ein Sozialdemokrat sein, kennzeichnet sich schon durch die bloße Thatsache des Bestrafens vor aller Welt als solcher. Er ist gedächt und das Brandmal des „Staats- und Gesellschaftsfeindes“ ist ihm aufgedrückt und kann durch keinerlei kleine Zugeständnisse, nur durch volle Fahnenflucht und direkten Verrath ausgelöscht werden. Die Polizei heftet sich gleich einem Spürhund an seine Fersen und die Bourgeoisie wirkt einträchtig mit, dem Gehechten — wie der Düsselbacher „Hohenzollern“-Direktor unsern Berliner Ausgewiesenen mit anerkenntenswerther Offenheit sagte — „die Existenz zu vernichten“. Keine Friedfertigkeit, keine Schwäche, kein Bitten kann dem Gedächten helfen — die herrschende Gesellschaft stößt ihn unerbittlich aus ihrem Kreise und meidet ihn gleich einem Pestkranken. So bleibt ihm keine Wahl. Wer heute in den Bann der Sozialdemokratie tritt, der ist ihr verfallen; Gesetz und Polizei, Haß und Vorurtheil, Regierung und Bourgeoisie zwingen ihn, Sozialdemokrat zu bleiben und es immer mehr zu werden.

Die Folge ist, daß alle Verfolgten und die mit ihnen Sympathisirenden, daß alle bewußten und instinktiven Sozialdemokraten sich immer fester zusammenschließen. Die Loslösung der Sozialdemokraten vom heutigen Staat und von der heutigen Gesellschaft wird immer gründlicher, die Kluft zwischen uns und

unsern Gegnern immer tiefer und weiter, immer unübersteiglicher. Und das ist gut so. Denn dadurch wird der Geist der Zusammengehörigkeit, der Korpsgeist der Ausgestoßenen und Vogelstreifen, wird unser Parteibewußtsein mächtig gefördert. Alle Hoffnung, aller Glaube, alles Wissen, alle Freundschaft, alle Kraft, alle Freude, alle Genugthuung, alles, alles nur in der Partei — außerhalb nichts denn Feinde ringsum, mit denen wir nur eine Beziehung haben, Feindschaft und Krieg, und deren Niederwerfung die unumgängliche Bedingung unserer Befreiung ist! Hierin liegt ein Hauptelement unserer Stärke, eine Hauptbedingung der Geschlossenheit, der freiwilligen Mannszucht, der Opferwilligkeit und der Unbeugbarkeit unserer Partei. Und dieser starke Korpsgeist ist es auch gewesen, welcher uns über die schwierigste Zeit glücklich hinweggeholfen hat, welcher im ersten Jahre des Ausnahmegesetzes Organisation, Agitation, fast alles ersehen mußte.

Aber das Ausnahmegesetz kennzeichnet uns nicht nur unsern Feinden, nicht nur den Herrschenden, sondern auch dem Volk, nicht bloß den Reichen und Mächtigen, sondern ebenso den Armen und Bedrückten, nicht allein den Dummen, sondern auch den Einsichtigen. Und wenn endlich aller Glaube an die bisherigen Parteien verschwunden ist und nur mehr ein Retter bleibt, dann braucht es keines langen Suchens und man kann uns mit niemand verwechseln.

Anderes aber, sobald auf Grund des gemeinen Rechts außer uns Sozialdemokraten allmählich auch andere Kreise, Fortschrittler, Sezessionisten, Volksparteier und sonstige der Regierung jehweilig unangenehme Leute verfolgt werden. Dann vermischt sich der scharfe Gegensatz zwischen uns und allen andern Parteien langsam, die Aufmerksamkeit wendet sich bald weniger dem Glaubensbekenntnis des Verfolgten als der Verfolgung überhaupt zu, die scharf unterscheidbaren Parteifarben verblasen in den Augen des Volkes immer mehr und das schließliche Ergebniß ist ein farblos, unbestimmter, allgemeiner Oppositions- und „Freisinnigkeits“-Brei. Daß wir dabei nur verlieren können und müssen, ist klar. Während dagegen den Herren Fortschrittler und Liberalen eine kleine Ausrichtung ihres abgeblähten Oppositions-Heiligenscheins durch ein erträgliches „Martyrium“ nur Nutzen bringen kann.

Nehmen wir ein Beispiel. Wenn je eine scharfe, selbst dem Kurzsichtigsten erkennbare Trennung vorhanden war, so war es die zwischen den — republikanischen und monarchistischen — Bourgeois und den Pariser Arbeitern nach der Juniflut des Jahres 1848. Die blutriesenden „Ordnungs“-Helden, und das besiegte und gezeichnete Proletariat hatten nichts miteinander gemein, als den gegenseitigen tödtlichen Haß. Als einige Jahre darauf der Gesellschaftsretter Bonaparte der „bürgerlichen Republik“ den Garau machte, sah das Proletariat unthätig zu; denn was lag dem Gedächten am Streit seiner Peiniger? Aber die achtzehn Jahre der Herrschaft der Dezemberbanne, die gemeinsame Verfolgung durch die gleiche „ordentliche Gesetzgebung“, das Zusammentreffen der Angehörigen der bürgerlichen Opposition und der Arbeiter auf der Anklagebank und im Gefängnis milderten die Gegensätze allmählich und drängten sie schließlich immer mehr in den Hintergrund. Die Unterschiede zwischen Republikanern, Radikalen und Sozialisten wurden bald nur von den Wenigsten mehr erkannt, umso mehr, als thatsächlich eine ununterbrochene Verbindung von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken des republikanischen Lagers ging. Das Volk konnte schließlich nur mehr Anhänger des Kaiserreichs oder der Republik; höchstens unterschied es zwischen gemäßigten und entschiedenem Republikanern, während gerade die grundsätzliche Verschiedenheit zwischen bürgerlichen und sozialistischen Republikanern nur wenig bemerkt wurde. Hand doch diese Vermengung von Radikalen, Jakobinern und Sozialisten sogar nicht minder noch in der Kommune statt. Das Ergebniß dieser rückläufigen Entwicklung ist bekannt. Am 4. September 1870 ließ das verbundene Pariser Volk abermals die heuchlerischen Bourgeoisrepublikaner auf den Thron steigen, die sich dann alsbald darauf mit den Monarchisten aller Farben vereinigten, um in der blutigen Waimoche eine zweite noch viel mörderischere Schlägerei gegen das Volk anzuführen, als alle früheren gewesen. Und selbst heute noch fehlt es dem französischen Proletariat — bei allem revolutionären Instinkt und aller revolutionären Ueberlieferung — bedeutend an klarer Erkenntnis, d. h. an Klassenbewußtsein.

Wir können offenbar nicht wünschen, uns ähnlichen Gefahren auszusetzen, umso mehr als ohnehin der im Gang befindliche Kampf der Regierung gegen die steuerbewilligende Bourgeoisie schon genugsam dazu angethan ist und wohl in seinem ferneren Verlauf in noch erhöhtem Grade dazu angethan sein wird, die Anschauungen des Volkes vielfach zu verwirren. Mehr oder weniger zutreffende Vergleiche zwischen den Thiers, Jules Favre, Ernest Picard u. s. w. und den Bennisgen, Fortleben, Eugen Richter, Hänel u. s. f. und den betreffenden Parteien dort und hier liegen nahe und kann sie jeder nach Belieben selbst ziehen. Jedenfalls wird die Gefahr, daß bei einer all-

gemeinen oppositionellen Bewegung der Mehrzahl des Volkes das Verständniß des tiefliegenden Unterschiedes zwischen der bürgerlich-liberalen Opposition und der Sozialdemokratie mehr und mehr abhanden kommt, und daß dann die bürgerlich-liberale Opposition infolge der Stärke ihrer Presse, der Zahl ihrer Parlamentsmitglieder und ihres ganzen sonstigen politischen und wirtschaftlichen Einflusses das Volk zum Theil und vorübergehend verblendet — jedenfalls, sage ich, wird diese Gefahr unsererseits oft viel zu sehr unterschätzt.

Aus all diesen Gründen hege ich keinerlei Hoffnung auf eine Aufhebung des Ausnahmegesetzes, sondern würde seine Erhebung durch eine entsprechende Veränderung der allgemeinen Gesetzgebung für eine wesentliche Verschlechterung halten. Und wenn ich gezwungen wäre, mich entweder für die Verschlechterung des gemeinen Rechts oder aber für die Fortdauer des Ausnahmegesetzes zu entscheiden, so würde ich keinen Augenblick zögern, für das Ausnahmegesetz zu stimmen.

Unser Ruf muß daher nicht lauten: „Nieder mit dem infamen Ausnahmegesetz“, sondern: „Nieder mit der infamen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, welche derartige Ausnahmegesetze möglich macht!“

In diesem Ruf ist wohl die ganze Partei einig. Dagegen herrscht in Bezug auf die zur Ausführung nöthigen Mittel noch nicht allwärts die erforderliche Klarheit und Einstimmigkeit. Und doch ist die Herstellung derselben im gegenwärtigen Stadium unseres Kampfes eine unbedingte Nothwendigkeit.

Die ganze Entwicklung der letzten Zeit, sowohl die wirtschaftliche als die politische — wovon auf die letztere namentlich das Ausnahmegesetz bestimmend eingewirkt hat — sie rücken den Augenblick der Entscheidung aus der früheren unbestimmten Ferne uns immer näher. In der rein propagandistischen Periode unserer Bewegung verflücht es wenig, wenn über die Länge des Weges, der uns von unserem Siege trennt, und über die Waffen, mit denen derselbe zu erringen, die verschiedenartigsten und weit auseinandergehenden Meinungen herrschen. Schien doch das „Dereinst“ noch so weitab zu liegen, während das Heute in der That Jedem von uns alle Hände voll mit Nothwendigerem als weitaussehenden Zukunftsplänen zu thun gab. Anders heute. Die Zeit, da noch die wenigstens formelle Möglichkeit vorhanden war oder vorhanden zu sein schien, die zwischen den beiden Gegnern bestehende Streitfrage durch Regoziationen, auf dem Wege der friedlichen Verständigung zu lösen, — diese Zeit ist nunmehr und für immer vorbei. „Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld gelöst werden kann.“ (Liebknecht.) Die letzten Beziehungen zwischen den beiden Lagern sind abgebrochen, der Krieg ist erklärt. Auf beiden Seiten wird mit Eifer gerüstet, und es ist nur mehr die Frage einer verhältnismäßig kurzen Zeit, wann die feindlichen Heere auf einander stoßen werden.

In solcher Lage ist es nicht mehr möglich, daß jeder Anführer seinen eigenen Operationsplan hat und das Heer in der Diskussion derselben seine Einigkeit, seine Disziplin, seine Kraft zersplittert. Da heißt es, sich über den Kriegsplan schlüssig zu werden und dann alle Kräfte zur konsequenten Durchführung desselben zu vereinigen.

Das uns durch die Verhältnisse genügend vorgeschriebene Vorgehen, die von unserer Partei zu befolgende Politik ist nun meiner Ueberzeugung nach folgende:

Da der Krieg einmal — mit oder gegen unsern Wunsch — erklärt ist, so müssen auch alle Friedensträume aufhören. Sie schwächen nur die Thakraft und sind einem energischen Vorgehen hinderlich. Jeder unserer Kämpfer und das ganze Volk muß von der Ueberzeugung erfüllt werden, daß kein Vergleich, kein Friedensschluß den Kampf beenden kann, sondern daß die Entscheidung allein beim Schwert steht. Möge diese Ansicht Vielen noch so unerwünscht sein — dem für unabwendbar Erkannten fügt man sich. Wer einmal weiß, daß er dem Kampf nicht zu entrinnen vermag, wird sich mit ganzer Kraft ihm hingeben. Vernichten wir daher die thörichte, weichmachende Hoffnung und verbrennen wir die Schiffe hinter den Streikern, dann werden letztere nicht an Wunden und Tod, sondern nur an Rache und Sieg denken. Denn fürchterlich ist, wer nichts mehr zu verlieren hat. Wer dagegen glaubt, daß es vielleicht doch noch im Guten abgehe, wer meint, daß der Feind möglicherweise noch Vernunft annehmen könnte, oder wer gar schwach genug ist, zu hoffen, daß sich der Feind durch ein „gemäßigtes“ Vorgehen und möglichste Unterlassung alles thatkräftigen Handelns zum gnädigen Niederlegen der Waffen bewegen lassen werde, — der ist nur halb bei der Sache und wird ein lauer, ängstlicher, halber Kämpfer sein. Wer mit Aussicht auf Erfolg kämpfen will, darf keine ewigen Bedenken und Rücksichten kennen.

Eine weitere Nothwendigkeit ist, daß unser ganzes Auftreten ein möglichst gerades, offenes, durchsichtiges sei. Das Volk versteht sich nicht auf diplomatische Winkelzüge, Verdeckungen und Vertuschungen, sondern wird durch sie nur verwirrt und schließlich an uns und sich selbst irre. Eine sozialdemokratische Politik muß so beschaffen sein, daß sie in jeder ihrer Phasen und Handlungen der Masse verständlich bleibt. Darum gerade heraus und offen — die offenen Spiele sind die starken Spiele! Verhüllen wir nicht unter Banner jaghaft oder überklug, sondern lassen wir es frei flattern, auf daß es alle Welt sehe. Dramatisieren wir nicht, suchen wir uns aber ebensowenig als harmlos und ungefährlich hinzustellen. Lassen wir alles Verstecken, Vertuschen, Leugnen und Heucheln als unserer unwürdig und sagen wir offen und steinmüthig unseren Feinden: Jawohl, wir sind „staatsgefährlich“, denn wir wollen Euch vernichten! Jawohl, wir sind die Feinde Eures Eigenthums, Eurer Ehe, Eurer Religion und Eurer ganzen „Ordnung“! Jawohl, wir sind Revolutionäre und Kommunisten! Jawohl, wir werden der Gewalt mit der Gewalt begegnen! Jawohl, wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und Alles, was Eure „Gesetze“ verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor! Ihr habt die Nachfrage gestellt, — gut, wir nehmen sie auf. Wir werden uns eines nicht fernem Tages schlagen, und der Sieger wird das Gesetz machen! . . .

Dies ist die einfachste, würdigste und einzig den Verhältnissen entsprechende Politik. Sie behütet uns vor falschen Hoffnungen und schwächlichen Zugeständnissen, verschleudert jede Zweideutigkeit und Schaukelei, verschafft uns die unwillkürliche Achtung der Gegner, sowie die Zuneigung und das Vertrauen des Volkes; sie bringt uns nach jeder Richtung in eine gerade, innerlich wahre und darum günstige Lage. Dabei schließt sie auch die sogenannte „positive“ Wirksamkeit, d. h. die Versuche zu augenblicklichen kleinen Verbesserungen der wirtschaftlichen und sonstigen Lage des arbeitenden Volkes durch Ausnützung aller parlamentarischen und sonstigen „gesetzlichen“ Mittel nicht aus, zieht aber deren Anwendung und Werthschätzung die nothwendigen Grenzen. Diese Politik muß in allen Parteehandlungen: in der Presse, in der Agitation, vor Gericht, im Parlament unsere unwandelbare Richtschnur sein.

Dann wird unsere Partei wieder aus einem Guß, unüberwindbar und jeder Situation gewachsen sein, weil sie von keiner Überrascht wird.

Sisyphusarbeit.

Die griechische Sage erzählt uns von einem Sisyphus, welcher eines Verrathes halber von Zeus in den Tartarus geschleudert und zu einer schrecklichen Strafe verdammt wurde. Er mußte einen schweren Felsblock auf die Höhe eines steilen Berges wälzen; sobald aber der Stein den Gipfel erreicht hatte, rollte er unanhaltsam, unter schrecklichem Getöse, wieder in die Tiefe hinunter, so daß der Süßler genöthigt war, seine fruchtlose Arbeit ewig von Neuem zu beginnen. Daher schreibt sich das bekannte Wort: „Sisyphi saxum volvere“ — den Stein des Sisyphus wälzen, — zur Bezeichnung für eine schwere, vergebliche Arbeit.

Sisyphi saxum volvere, — so kann man mit größtem Recht und Recht auch denen zurechnen, die im politischen Kampfe einer von ihnen selbst als „nichtwiderbringlich“ deklarirten feindlichen Gewalt gegenüber, sich im Ene hohen sittlichen Geistes auf das „Prinzip der Gesetzlichkeit“ berufen.

Diese Menschen gehen von dem ganz unverzeihlichen Irrthum aus, daß, wo sogenannte Gesetze sind, auch ein gesetzlicher Zustand existire. Sie halten es, wenn auch nicht immer für ausreichend, so doch für „ehrenvoll“, sich auf „gesetzlichem Wege“ für die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes anzukämpfen, statt durch „ungesetzliche Mittel“ ihre guten Zwecke zu kompromittiren.

Es ist das, grad' herabgesetzt, ein Theil derjenigen „Gewissenhaftigkeit“, welche in die Kategorie der Thorheit gehört. Für meine lieben Landsleute, die Deutschen, ja selbst für sehr viele meiner politischen Freunde, ist es hohe Zeit, daß sie über den Artikel „Gesetzlichkeit“ vernünftiger und praktischer Ansichten gewinnen, daß sie aufhören, ihre Kräfte in politischer Sisyphusarbeit zu vergeuden!

Meinen politischen Freunden, von denen ich hier spreche, muß ich zugeben, daß sie allerdings das Rechtsbewußtsein des Volkes in unerhört einer engen Sphäre noch erhalten haben — und das ist immerhin ein nicht zu unterschätzendes Verdienst. Was aber haben sie an realen Erfolgen, an Fortschritten im politischen Kampfe anzuwiesen? Nichts, rein gar nichts! Sie haben sich verhöhnen lassen über ihre Anstrengungen und sich strafen lassen für ihren guten Willen. Das ist es, was ihnen von Seiten der Gewalt zu Theil geworden. Und ist es denn wirklich genügend mit der bloßen Aufrechterhaltung des Rechtsbewußtseins? Nein, es gilt jetzt, die Sphäre des Rechtsbewußtseins über den uns einengenden Kreis hinaus zu erweitern und der Zukunft durch entsprechende Mittel vorzuarbeiten.

Blicke man auf Deutschland. Welch entsetzliche Bedrückung des freien Geistes, welch fürchterliches Chaos von Unrecht, welch vielfache Verwahrlosung der Realität, welch ungeheure Differenzen zwischen dem Alten und dem Neuen, welche riesenhafte Ansammlung von Widerstandskräften gegen eine bessere Zukunft, welche wahnwitzige Hartnäckigkeit der Gewalt gegen das Recht! Wenn dieser schauerhafte Zustand mit den sogenannten „gesetzlichen“ Mitteln, also mit den Mitteln, welche die Gewalt selbst erlaubt, geändert werden kann, dann, wäbelloch, ist es Zeit, wieder an Wunder und an göttliche Gnade zu glauben!

Gewalt und Gesetz sind Gegensätze. Wo Gewalt herrscht, da gibt es kein Gesetz, da ist das Gesetz ebenfalls Gewalt, es ist nur eine geschriebene Gewalt, welche den Bewaffneten zur Masse und Erlangung dient. Wo die Gewalt einmal herrschendes System ist, da weicht sie auch nur der Gewalt. Die Gewalt des Volkes muß die Gewalt der Reaktion zu Boden schlagen; nur dieser Weg führt es zu einem Zustande, wo das wirkliche Gesetz zur Herrschaft gelangt. Gesetz muß der Rechtsanspruch aller derer sein, die sich ihm unterwerfen. Gesetz ist der als allgemeine Nichtsthuerei ansichtigende Wille freier Staatsbürger, welche ihm freiwillig gehorchen. Das nur allein ist Gesetz! Nun fragt auch in Deutschland, ob ihr Gesetze habt? Weht alle als „Gesetze“ auch ausfokirte Satzungen der Gewalt durch und laßt jeden aus dem Volke seine Stimme darüber abgeben: ihr werdet vielleicht nicht zehn Paragraphen finden, welche von denen, die nicht Anhänger der Gewalt sind, als Ausprägung ihres Rechtswillens anerkannt werden könnten.

Die Gewalt diktiert euch ihren Willen, beziehungsweise läßt euch denselben durch eine tolle und ferocile Parlamentarität diküren, und das nennt sie „Gesetz“. Sie macht Recht zu Unrecht und Unrecht zu Recht; sie macht gerade krumm und krumm gerade; sie macht weiß schwarz und schwarz weiß — Alles durch das „Gesetz“. Und solch schandliche Rechtsverwahrung, solch schreiende Gewaltthat, sollte man, sobald sie schwarz und weiß zur Norm gemacht ist, „Gesetzlichkeit“ nennen und als solche respektiren? Die das thun, machen sich zu Feinden des wahren Rechts, zu Dienern der Gewalt, zu Gegnern der Vernunft. Das Reich solcher

„Gesetzlichkeit“ ist eine Schande; das Reich der „Ungegesetzlichkeit“ hingegen muß für eine Ehre erklärt werden. Es ist schmachvoll, daß wir wirklich mit Satzungen der Gewalt rechnen müssen, doppelt schmachvoll aber ist, wenn wir diese Satzungen wirklich als Gesetz achten!

So wie die Gewalt, und für uns Deutsche besonders diejenige Gewalt, welche die freie Meinungs- und Willensbethätigung im Staate ausschließt, die Grenze bezeichnet, wo der Begriff und die Pflicht der Gesetzlichkeit aufhören, so bezeichnet sie auch die Grenze für den Begriff und die Pflicht der Moral. Die sollte derjenige, welcher mit Gewalt antritt, nicht verpflchten können, seiner Eigenmacht gegenüber meine Gesetzlichkeit und seiner Schlichtigkeit gegenüber meine Moral zu üben, sie zu üben zu seiner Unterstützung und zu meinem Verderben? Gesetzlichkeit und Moralität sind nur möglich durch die Freiheit und können nur gelbt werden in der Freiheit. Wer mit Gewalt antritt, mit Gewalt mein Recht vorenthält, mit Gewalt meine Freiheit raubt, der verzichtet dadurch von vornherein auf die Anwendung nur moralischer Mittel von meiner Seite, mich seiner Gewalt zu entziehen, es sei denn, daß er mich für einen Narren meiner Moralität halte. Und solcher Narren gibt es in Deutschland leider noch gar viele! Sie sind im Stande mit dem Nachschlüssel in der Hand im Gefängniß zu vermodern, weil sie es für unmoralisch halten, den Büttel zu betrügen. Ja, sie gehen in ihrer Narrheit womöglich so weit, zu glauben, daß sie durch ihre geschwätzige Geduld die Büttel bescheiden und veranlassen können, ihnen vor Freiheitsbegeisterung selbst die Thüre zu öffnen.

Der Gewalt gegenüber muß der Satz, daß der „Zweck die Mittel heilige“, ganz offen verteidigt werden. Wägen die Kreaturen der Gewalt über Jesuitismus schreiben, was liegt daran? Sie aber sind ja die Jesuiten. Ihnen gegenüber kann der Verfolgte und Bedrückte niemals zum Jesuiten werden. Unser Zweck ist: die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes. Das ist ein guter Zweck und gewiß aller der Mittel werth, deren freie Wahl und Anwendung durch die Gewalt verhindert wird. Die Gewalt will nicht, daß wir diesem Zwecke offen zustreben, um wohl, so streben wir ihm heimlich desto energischer zu. Verwirklicht werden muß und soll er!

Die Verwerflichkeit besteht nicht darin, einen guten Zweck durch „un-erlaubte“ Mittel zu erreichen, wenn die normalen unmöglich sind, sondern die Verwerflichkeit besteht darin, auf den guten Zweck zu verzichten, weil der Feind desselben nicht die normalen Mittel dazu gewähren will. — Sklave zu sein, wenn es noch irgend ein Mittel gibt, frei zu werden, das ist die tiefste Tiefe der Erniedrigung des Menschen, und auf dieser Stufe wollen die Gewaltmenschen das Volk festbannen durch die Kautivierung ihrer läghaftesten „Gesetzlichkeit“ und ihrer lügenhaftesten „Moral“.

Der Gewalt gegenüber gibt es allerdings keine andere Wahl, als entweder „gesetzlich“ und „moralisch“ auf die Freiheit zu verzichten, — oder „ungesetzlich“ und „unmoralisch“ die Freiheit zu erobern. Versuche Einer, streng „gesetzlich“ und „moralisch“ die Gewalt zu bekämpfen! Er wäre reich für's Narrenhaus! Entweder würde er vor lauter „Gesetzlichkeit“ stumm sein müssen, und dann bliebe die Freiheit todt; oder er würde vor lauter „Moralität“ dem Feinde offen seine Zwecke verrathen, und dann schickte man ihn zum Lohn dafür ins Zuchthaus.

Es liegt im Wesen der Gewalt, daß sie die offenen Wege verstopft und nur die heimlichen übrig läßt, daß sie die humanen Mittel unmöglich macht und die inhumanen gegen sich beschwört. Wer im Zustande wahrer Freiheit ungesetzlich handelt, ist ein Verbrecher, und wer als freier Mensch seine Nebenmenschen betrügt, ist ein Schurke; wer aber die Gesetze der Gewalt umstößt, der ist ein Befreier, und wer sie durch „Betrug“ oder „Gewalt“ die Freiheit abringen kann, der erhält von der Partei wie von der Geschichte vollenkommenen Ablass.

Wenn die Gewalt „gesetzlich“ das Essen verböte, würdet ihr der Gesetzlichkeit zu sich öffentlich verweigern, oder würdet ihr gegen das Gesetz heimlich auch satt essen? Die Antwort auf diese Frage ist die Erklärung der Pflicht, die Gewalt zur Ausübung der natürlichen und unversäuflichen Menschenrechte auf jede Weise zu beitragen. Ein solcher „Betrag“ ist kein Betrag. Ein Verbot der Gewalt kann kein Recht zum Unrecht machen, vielmehr ist die Gewalt selbst Unrecht und ihr Verbot ist es auch. Die sollte die Wilsachtung, die Uebertretung dieses Verbotes ein Unrecht sein können? Die Gewalt hat keinerlei Anspruch auf Ehrlichkeit. So gut ihr verpflichtet wäret, auch heimlich nach Vermögen satt zu essen, wenn man es mit einem Eßverbot auf euer Leben abgesehen hätte, so gut seid ihr verpflichtet, heimlich die freie Sprache zu verbreiten, wenn man es mit einem Sprachverbot auf eine Freiheit abgesehen hat. Das Recht auf die Freiheit ist eben so ausgemacht, wie das Recht auf's Leben, und die freie Sprache ist ebenso unentbehrlich, wie das Essen.

Jeder Sozialdemokrat ist verpflichtet, diese Grundsätze mit allem Fanatismus, dessen er fähig ist, prothetisch zu verwerthen. Der Fanatismus gegen die Gewalt ist ebenso nothwendig, wie gerechtfertigt. Der Fanatismus gegen bloße Ansichten mag unnützlich und unsinnig genannt werden; der Fanatismus gegen die Gewalt ist eine Konsequenz der Vernunft, wie der Befinnung. Ansichten müssen und können durch vernünftigen Austausch geteilt, sie können berichtigt werden; an der Gewalt aber ist nichts zu heilen und zu berichtigen, sie muß vernichtet werden, vollends da, wo sie als Prinzip auftritt, wo sie als Autorität sich behauptet und von vornherein und für alle Zeiten die Frage nach der Rechtmäßigkeit ihrer Existenz absetzt zum Verbrechen, wie den Gehorsam gegen ihre Befehle absolut zur Pflicht macht.

Wer anders denkt und anders handelt, wer mit „gesetzlichen“ Mitteln die despotische Gewalt zu bekämpfen sucht, um dabei nach Abicht dieser Gewalt „gesetzlich“ zu Grunde zu gehen, dem gilt das Wort:

„Sisyphi saxum volvere.“

Fr. K.

Ein Hambacher über das Hambacher Fest.

Unser braver Genosse Johann Philipp Becker hat bekanntlich das Hambacher Fest mitgemacht, und feierte an dessen fünfzigjährigem Gedenktage sein eigenes fünfzigjähriges Revolutionsjubiläum. In Antwort auf zahlreiche Einladungen zur Jubelfeier verdienstlich der Betreuer der deutschen Sozialdemokratie einen „Offenen Brief an die deutschen Parteigenossen bei Gelegenheit der fünfzigjährigen Gedenktage des Hambacher Festes.“

„Wie gerne“, schreibt er darin, „würde ich den freundlichen Rufem Folge geleistet haben, wären die Volkswünsche des Mai 1832 im abgelaufenen halben Jahrhundert nur halbwegs in Erfüllung gegangen und der süße Traum von Deutschlands Freiheit und (soweit deutsche Junge klingen) Einheit zur Wirklichkeit geworden. Jetzt gibt es ja nur ein Dreiviertel-Deutschland unter preussischem und ein Viertel-Deutschland unter österreichischem Sabelregiment mit Ausnahmestücken, Belagerungszuständen, der Freiheit, zu gehören und zu schweigen, und mit der Einheit der Kaiserin. Es ist ja dort nicht einmal erlaubt, was nicht verboten, sondern nur was hochbrüderlich befohlen ist. Die Freiheit kann eben kein Gnadengeschenk sein, sie muß von unten her aufkommen, denn von oben herunter kommt immer nur Druck und Despotismus. Was soll ich aber in einem solchen Deutschland machen, mit welchen Gefühlen und Bestimmungen des Weiland auf Hambachs Ruinen erwachen Freiheitsgeißeln denken, wo mir nur die Wahl zwischen Schwerefreiheit und Polizeiarbeit übrig bliebe?“

Nachdem Becker erzählt, wie er am Tag des Hambacher Festes mit naiver Juvencität den Ausbruch der Revolution erwartete, fährt er fort: „Als aber dort Nachmittags 4 Uhr die Revolution immer noch nicht verkündet war und eben ein Redner lang und breit über die Zweck-

mäßigkeit der Petitionen und Protektionen sprach, rief mir der Geduld-faden und ich schwang mich auf ein hohes ungefülltes (freilich ausge-trunkenes) Weinmaß neben der Rednerbühne, den Justizminister-Apostel geradezu niederzuschreien. Unter rauschendem Applaus betonte ich vor Allem die Nothwendigkeit allgemeiner Volkswaffenung, unter Anderem sagend:

„Hinter den Verordnungen der Regierungen stehen Kanonen und Bajonette, drum werden sie befolgt; hinter unsere Petitionen und Protektionen steht nichts, und darum bleiben sie auch in den Augen der Regierungen nur lächerliche Vorstellungen. Wollten wir daher, daß unsere Protektionen Erfolg haben, so müssen wir auch Kanonen und Bajonette dahinter stellen. Also zur Volkswaffenung!“

Außer dem stürmischen Beifall meiner erregten Zuhörer hatte ich auch noch später durch das nächstere Urtheil eines königl. bayr. Untergerichtsrichters Genugthuung geerntet, indem er sagte: „Sie allein haben in Hambach eine praktische Rede gehalten.“

Mühte ich unter bewandten Umständen in Deutschland nicht ganz ähnlich reden und würde dies nicht, ohne der Sache viel zu nützen, noch schlimmere Folgen als vor fünfzig Jahren für mich haben? Wohl weiß ich jetzt, daß die gemäßigtere Haltung der meisten der damaligen Wortführer viel Berechtigung hatte, denn sie wußten, daß das übrige Deutschland bei Weitem nicht so revolutionsbereit war, wie die Pfalz. Nun, ich meinerseits habe eben der Stimmung der nothleidenden Volksklasse Ausdruck verliehen. Ueberhaupt versteht sich das Volk nur auf Grundsätze und denselben entsprechendes Handeln und nicht auf politische Bedenken und diplomatische Rücksichten. Auch ich begriff damals noch nicht, daß sich Revolutionen weder herdekretiren, noch wegdisputiren lassen, sondern daß sie eben aus dem Schooß der geschichtlich wirkenden Thatsachen unaushaltbar herauswachsen und sich, wenn sie reif, gleichsam von selbst erfüllen. Auch ist zu bedenken, daß es in den dreißiger Jahren, wie 1848 und 49, zunächst galt, die Herrschaft der Bourgeoisie zum Durchbruch zu bringen, was jedoch bis heute noch nicht gelungen ist, da sie, namentlich in Deutschland, dem monarchischen Staat, besonders in politischer Beziehung, den Löwen-antheil der Macht überlassen und dann sich für die von demselben all-gnädigst erhaltenen Zustände unterthänigst bedanken muß. Es geschieht ihr recht!

Inzwischen ist eine neue Bewegung auf dem kulturgeschichtlichen Schauplatz erschienen, geleitet und behütet von der alten allmächtigen Vererbung, die den großen Vorzug hat, nicht göttlich, sondern nur rein weltlich zu sein. Diese Allmacht heißt: Gewalt der Umstände — Logik der Thatsachen — und das von ihr getragene und aus dem Gedankenreich in Wirklichkeit übergegangene, zu Fleisch und Blut gewordene Bewegungselement: „Sozialdemokratie“.

Die Signatur der Zeit ist Klassenkampf: die Kapitalismus und Bourgeoisie, die Sozialismus und Proletariat; die eine herrschende und aus-beutende, die eine unterdrückte und ausgebeutete Klasse; die eine in Ueberfluth schwellende, täglich witziger werdende Minorität und die eine in Ueberschuldung, täglich größer werdende Majorität; kurz: die eine im Absterben und die eine im Aufleben begriffenen kulturgeschichtlichen Produkt; die eine will ihre bevorzugte Stelle behaupten, ihre Herrschaft monopolisiren und unter dem Deckmantel der individuellen Freiheit die persönliche Willkür verewigen; die andere will jede Vorberechtigung und alle Klassenherrschaft abschaffen, die Gleichberechtigung am Lebensgenuß erringen und die Freiheit zum Gemeingut machen; jene hat die Reaktion zu ihrem Schiboleth und diese die Revolution zu ihrem Lösungswort.

Das ist daher ein Kampf, der keine Kompromisse zuläßt, der ausgefochten sein muß auf Leben und Tod. Sein Ausgang kann nicht zweifelhaft sein, denn mag er noch so lange hin und her schwanken, so muß schließlich der Sieg ganz und voll der, ob ihres allgemeinnützigen Zweckes durchgeführten Sozialdemokratie — dem Sozialismus — gebühren, da der aller sittlichen Grundlage bauer gewordene Kapitalismus an sich selbst zu Grunde gehen und bei seinem Sturze sowohl die Bourgeoisie als jede dynastische Herrschaft sammt dem Ungeheuer des Militarismus, dieser zum Schooßkind gewordenen Ausgeburt des Klassenstaats, unan-nahmsam mit hinabreißen wird.

Die Sozialdemokratie, so jung sie noch ist, nimmt schon eine imponirende Stellung ein, und seitdem sie mannbare geworden, machen ihr nach einander alle Herrschaften die Kur; der Fürsten- und der Gesherrrenstaat, die alleinseligmachende Kirche, arbeiterfreundliche Bourgeoisgruppen, alle möchten sie gerne heimführen und — in die Haushaltung schlichten. Sie wird sich aber weder durch Schmeicheleien fangen, noch durch Bedrohungen einschüchtern lassen, sondern grundfest und ledig bleiben. Darum wird sie auch nichts mehr auf die, wenn auch noch so ernstlich und wohlgemeinten Reformen halten, weil, bis deren „gute“ Wirkungen sichtbar werden, die kapitalistische Furie inzwischen im Schooße der Gesellschaft wieder so große Verwüsthungen angerichtet, daß der Reformkrieg immer und immer zu spät kommt.

Nur Robklaturen können helfen!

Nicht nur politische Freiheit und Gleichheit vor „Gott“ und dem Gesetz sind hinreichend, sondern auch die ökonomische Unabhän-gigkeit — die Gleichheit vor den Menschen — müssen wir haben.

Wenn es in den 30er und 40er Jahren noch längerhin unter der Gemeinverbrüderlichkeit aller Stammesverwandtschaften der Wiedergeburt Deutschlands galt, so gilt es heutzutage unter der Solidarität und Verbrüderung aller Kulturvölker die Wiedergeburt der Menschheit — wobei die Sozialdemokratie Geburtsstunde leisten und, wenn es Noth thut, auch den Kaiserschnitt nicht scheuen wird.

So schafft die Geschichtsvorsehung fort und fort an der Vollbringung des Erlösungswerkes, wobei jedoch die von ihr an die Spitze gestellte Sozialdemokratie weniger schleibt als geschoben wird.

Da nun alle diese, wie noch viele andere ebenso wichtige Punkte in Deutschland nicht vor versammeltem Volke besprochen werden dürfen, so wird wohl die gute Sache keinen Abbruch erleiden, wenn ich der Gedenkfes-ters des mir ohnehin untergefallenen Hambacher Festes nicht beizuhören, also nicht komme, um auf „freiem“ deutschen Boden gleich allen meinen Parteigenossen „vorgesetzt“ zu sein.

Freilich könnte ich, wäre ich geschäftsreisender Bourgeois, mich dort entweder auf eigne Rechnung oder, mich an ein Unternehmer-Konfortium vermießend, gleichsam als eine Rufenscarinade sehen lassen, da ich ja von allen Hambacher Rednern und allen wegen des Festes des Hochver-raths angeklagten Rebellen allein nur übrig geblieben bin. Und das wäre doch wahrlich für meine Parteigenossen sehr unerbaulich, mich auf dem Hambacher Schloß als lebendiges Ausstellungsmodell verwendet zu sehen.

Weit lieber komme ich in Eure Mitte, wenn ich, wie 1848 und 49 nicht bloß mitrathen, sondern auch mitthaten kann.

Inzwischen werde ich nicht müde, zu beschreiben und zu organisiren und empfangen meinen Brudergruß!“

So der alte Johann Philipp, der sich trotz seiner 75 Jahre jung und frisch erhalten hat, und noch heut an der Spitze der Bewegung steht, mitrathend und mitthattend — ein erhabendes Vorbild für unsere Parteigenossen, ein beschämendes Bild für die um eine Generation jüngeren „Achtundvierziger“, die entweder feige die Plinte ins Korn geworfen haben, oder, Verräther an der Sache des Volkes, zu dem Feind übergelaufen sind.

Zürich, 23. August 1889.

— Also doch! In der national-liberalen „Magdeburger Zeitung“, der begehrtesten Freundin des Sozialistengesetzes und aller gegen die Sozialisten angeführten Verfolgungen, lesen wir über die Verhaftung des Direktors des Berliner Zellengefängnisses folgenden charakteristischen Artikel:

„Großes Aufsehen machen überall die übrigens noch nicht einmal beglaubigten Mittheilungen von der Verhaftung des Direktors des Berliner Zellengefängnisses. Solche Verhaftungen, die wieder zur Freilassung führen, nachdem sich die völlige Unschuld der Geschädigten herausgestellt hat, kommen oft, gar oft, vor, und es geht nicht Jedem so gut, wie Herrn von Falkenstein, daß er so rasch nach seiner Verhaftung wieder freigelassen wird; gar Mancher muß vielmehr Wochen und Monate lang sitzen, ehe er seine Freilassung wieder erhält. Von Dingen, die unschuldig verurtheilt werden und unschuldig in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen müssen, wollen wir gar nicht reden. Großer Vornehm ist es, wenn das Unglück auch einmal einen Beamten trifft, und doch liegt gerade darin eine Art von schreiendem Trost, daß die oft so schreienden Unvollkommenheiten menschlicher Gerechtigkeitsspflege auch einmal vor denen nicht halt machen, welche durch ihre Stellung gegen solche Mißgriffe mehr als Andere gesichert zu sein können.“

Wir verstehen darum auch nicht, wie man dem Amtsrichter, welcher die Verhaftung und bald darauf die Freilassung jenes Berliner Zuchthausdirektors und des Direktors des Zuchthauses von Jelle anordnete, so große Vorwürfe aus seinem Verhalten machen kann, wie dies von Seiten einiger Blätter geschieht. Eher würde man, wenn hier überhaupt etwas zu loben wäre, die Unbefangenheit loben müssen, mit welcher er verfuhr, und daß bei ihm kein Ansehen der Person in seinen Maßnahmen stattfand. Er muß geglaubt haben, einen guten Anhalt für die Schuld der beiden Beamten zu besitzen, und ordnete deshalb, wie es seine Pflicht sein wird, sofort die Verhaftung an. Als sich herausstellte, daß die Schuldbeweise, wie nach einigen Zeitungsmitttheilungen jetzt verlautet, gescheitert seien, verfügte er wieder die Freilassung.

In diesem speziellen Fall scheint uns also durchaus nichts Auffälliges, nichts, was eine Klage verdient, zu liegen. Auch verstehen wir es nicht, weshalb man in einigen Blättern einen so starken Ton darauf legt, daß „jeder persönliche Anstand des Bedauerns“ (nämlich seitens der vergebenden Stelle) bisher fehle. Da sind Andere schon schwerer durch unglückliche Fehlgänge heimgeführt worden und bekommen doch weder eine moralische noch eine materielle Vergütung! Auch die angeklagte Beschwerde des Geschädigten über seine Behandlung durch die Polizei wird das, woran uns allein gelegen sein kann, nämlich eine prinzipielle, ganz allgemeine Behandlung dieser Frage kaum veranlassen. Was Tausenden passiert und zu fruchtlosen Klagen Grund gibt, ist auch einmal einem Beamten widerfahren. Das ist Alles. Es ist ein Unglück, ein sehr bedauerliches Unglück, aber es ist eins, worüber, wie gesagt, schon gar Manchem das Herz gebrochen und der Glaube an eine sittliche Weltordnung verloren gegangen ist, ohne daß viel Aufsehens davon gemacht wurde.

Oder wird dieser spezielle Fall, weil er eben einmal ein Streiflicht auf manche Dinge, die nicht immer so sind, wie sie sein sollten, gemorren, doch vielleicht nicht ganz ohne Früchte bleiben?

Hier darf man wirklich einmal sagen: Kommentar überflüssig.

— Wohlverordnete Knaben sind diese Hirsch-Dunkel-schen Gewerksvereiner, das ist ebenso unläugbar wie die — Beschaffenheit ihres Heren und Weisers. Dem kleinen Bräutigam gleich blühen ihre Vereine in Berlin bekanntlich nur im Verborgenen, nur wenn die Klassenbewußten Arbeiter der Millionenstadt in irgend einer Weise für die Verbesserung der Lage des gesammten Proletariats eintreten, da treten auch die gelehrigen Schüler des Herrn Hirsch schleunigst an die Öffentlichkeit, um der Welt die erfreuliche Thatfache zu berichten, daß es wirklich noch Arbeiter gibt, welche die Hand, die sie eben noch gepetcht, in aller unterthänigsten Ergebung demüthig läßt. Man lese nur die nachstehende, von der fortschrittlich-liberalen Presse mit innigem Behagen kolportirte Notiz:

„Die deutschen Gewerksvereine haben sich gegenüber der von den Berliner Fachvereinen beschlossenen Petition an den Reichstag um Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitsgesetzes folgender Resolution geäußert: „Die Regelung der Arbeitszeit im Sinne der allmählichen Verkürzung ist eine unerlässliche (also doch!) Bedingung des körperlichen, geistigen und sittlichen Wohls der Arbeiter, insbesondere des gesunden Familienlebens und der politischen Bildung, und liegt nachweisbar zugleich im Interesse der Unternehmener, als Schutzmittel gegen die verwerthliche Ueberproduktion und Schlanderkonkurrenz. Daher (!) erklären sich die deutschen Gewerksvereine mit aller Entschiedenheit für die allgemeine Herbeiführung einer geregelten fächeren Arbeitszeit durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter; sie verwerfen dagegen den gesetzlichen Zwangsnormalarbeitszeit als Eingriff in die persönliche Freiheit und als unüberführbar und gemeinschaftlich ohne gleichzeitige Garantie der Arbeit und des Normalarbeitslohnes.“

Welch wunderbare Logik! Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine unerlässliche Bedingung des körperlichen Wohls der Arbeiter, und daher verwerfen wir die gesetzliche Durchführung dieser unerlässlichen Bedingung und überlassen es der freien Vereinbarung, d. h. der Gnade der Herren Ausbeuter, diese unerlässliche Bedingung zu erwirken. Gute Kinder, nicht wahr?

Aber sie haben noch einen weit triftigeren Grund, den gesetzlichen Normalarbeitszeit zu bekämpfen. Diese in der Schweiz seit Jahren bestehende Einrichtung ist nämlich, nach Ansicht der braven Höglinge Max Hirsch's, undurchführbar (!) und gemeinschaftlich (!) ohne gleichzeitige Garantie der Arbeit und des Normalarbeitslohnes. Der Herr Amoralist scheint wirklich sehr verschlafen gewesen zu sein, als er diesen Satz verfaßte. Uebrigens müßte man eigentlich aus dem Schlusssatz der Erklärung folgern, daß, da die Verkürzung der Arbeitszeit „unerlässlich“, die gesetzliche Herbeiführung derselben ohne Garantie der Arbeit und des Normalarbeitslohnes „gemeinschaftlich und undurchführbar“ ist, Herr Hirsch und seine Heerde nunmehr auch für letztere Postulate eintreten. Weit gefehlt! Der Schlusssatz ist nur oratorische Phrase, die Herren bekämpfen auch die Garantie der Arbeit und des Normalarbeitslohns, weil sie — die Freiheit beeinträchtigen. Alles für die Freiheit der Ausbeuter!

Herr Max Hirsch singt diese Melodie vor und seine „Maffen“ singen sie chorform nach. Denn sie sind keine bösen Sozialisten, sondern wohl-erzogene Knaben!

Welche erfreuliche Erscheinung in so böser Zeit!

— Dänemark. Aus Kopenhagen erhalten wir folgende Zuschrift: „Die Parteibewegung am hiesigen Ort macht erfreuliche Fortschritte, nicht allein dadurch, daß unsere Versammlungen in der Regel sehr gut besucht sind, sondern auch dadurch, daß unser dänisches Parteiorgan „Sozial-Demokraten“ unter seiner neuen Redaktion es verstanden hat, sich eine achtunggebietende Stellung sowohl unter den andern Pressorganen als auch im täglichen politischen wie sozialen Leben überhaupt zu verschaffen. Wenn ich ehrlich sein will, so muß ich einräumen, daß die Kampagne Viz-Pluron einen wesentlichen Theil in dieser Wandlung beigetragen hat, denn bevor jene Leute ihren Felszug gegen uns begannen,

war die Bewegung in eine gefühlige Stagnation gerathen; daher es eines kräftigen Impulses zur Wiedererweckung bedurfte. Wie gesagt, die Ehre gebührt jenen Leuten, daß sie dem Stein den Anstoß gaben, um wieder in's Rollen zu kommen. Jetzt endlich, nach Verlauf von 10 Jahren, kann man sagen, daß die Bewegung festen Fuß gefaßt hat. Wohl mag die Zahl der Anhänger früher größer gewesen sein, wohl hat unser Organ unter Pio's Regide einmal eine doppelt so große Anzahl Abonnenten gehabt als jetzt — aber trotzdem war die damalige Bewegung eigentlich nur ein Strohhalm, welches, sobald die Rührung in den Personen Pio und Geseff sich unsichtbar machte, so gut wie erlosch. Es bedurfte langer, ausdauernder Arbeit von Seiten der Leute, welche jetzt die Stützen der Bewegung sind, um einen kräftigen, anhaltenden Brand in's Land zu schleudern. — Daß die Bewegung Fortschritte macht, beweisen schon unsere alljährlichen Feste zur Feier des dänischen Grundgesetzes: was wir in langen Jahren nicht vermocht haben, glückte dieses Jahr; wir feierten nämlich einen Zug durch Kopenhagen in Scene, an welchem einige 20 Vereine mit 31 rothen Fahnen theilnahmen. Reulich hatten wir eine öffentliche Diskussion mit Wm. Pleuron, welcher sich erlaubt hatte, unser hiesiges Organ „Sozial-Demokraten“, weil es das Prinzip: „Jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit“, in „Der Egoist“ anzuzweifeln; sein Grundsatz sei: „Ein Jeder soll arbeiten nach Bedarf und genießen nach seinem Bedürfnisse.“ Dabei hatte er selbst 8 Tage früher einen jeden Arbeiter, welcher nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit verlangen wollte, für einen „Schlingel“ erklärt! Im Verlaufe der Diskussion, welche unser braver Genosse E. Andersen eröffnete, mußte Pleuron die Waffen strecken und erklären, daß es Dummheit sein würde, die gewaltsame Revolution als Alpha und Omega aller sozialistischen Weisheit anzustellen. — Vor wenigen Tagen hatten wir eine bedeutungsvolle Versammlung auf der Insel Amager, welche Versammlung hauptsächlich auf die Matrosen berechnet war, und mit der wir einen durchschlagenden Erfolg erzielten. Genosse H. Ördum leitete auf das Schiefste die unverantwortliche Weise, auf welche die Schiffsbreder ihre „schwimmenden Särge“ auf's Meer hinaus-schickten, wodurch hunderte von Menschen gemordet werden. An der Hand der Statistik zeigte er, daß in einem Zeitraum von 5 Jahren beinahe 400 Schiffe mit 600 Menschenleben verloren gegangen seien. Die dänischen Schiffsbreder sind so gewissenlos, daß sie alte englische Schiffe, welche in England loskist würden, aufkaufen und dann in's Meer gehen lassen. Ein Redner bemerkte, daß die „königlichen“ Schiffe auch nichts weiter seien als „schwimmende Särge“, so sei z. B. das Postdampfschiff „Freja“ in dem Grad verkauft, daß man den Fingerring durch die Seitenwände stoßen könnte. Und ein solches Schiff gebraucht man zum Transport von Passagieren!

— Belgien. Genosse De Waeppe ist ohne Kautelen auf freien Fuß gesetzt worden. Der radikale Deputierte Janson hat seine Rechteibernommen. Davover, der sich glücklicherweise auf dem Wege der Besserung befindet, legt bei seinen Aussagen keinerlei Groll gegen De Waeppe an den Tag. Man erwartet allgemeine Freisprechung des Letzteren.

Der Corredo l'Incolle (der Junke) in Verdiers theilt per Jirkalar mit, daß sein Organ, die „Perso-verenoo“ nicht erscheinen könne, weil die Buchdruckermeister den Druck desselben verweigern. Das ist die Pressefreiheit unter der Herrschaft des Privatregiments!

— Frankreich. Die Gleichheit vor dem Gesetz unter der Republik. Sobald die heilige Ausbeuterfreiheit in Frage kommt, verstimmen alle die hochwürdigen Phrasen von Gleichberechtigung der Staatsbürger u., und der Klassencharakter der heutigen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaft tritt in seiner benannten Nothheit zu Tage. Das hat kürzlich das Exekutivkomitee der streikenden Tischler in Paris erfahren. Eine gewisse Frau Patrice hatte eine Deputation ihrer Arbeiter, welche eine Lohnerhöhung von 10 Cts. pro Stunde verlangten, nicht nur rundweg abgewiesen, sondern auch die Mitglieder dieser Deputation (sogar aus der Arbeit entlassen). Als Antwort darauf erklärte das Exekutivkomitee diese Firma in Verzug, d. h. forderte die Kollegen auf, solange nicht dort in Arbeit zu treten, bis den Arbeitern ihr Recht geworden. Die lebenswürdige Dame aber hatte nichts Fülligeres zu thun, als das Exekutivkomitee wegen Eingriffs in die „Freiheit der Arbeit“ zu verklagen und neben einer Gefängnisstrafe eine Entschädigung von nicht weniger als — 5000 Fr. zu verlangen! Die Verhandlung fand am 4. August, die Urtheilverkündung am 9. August statt. Trotz ausgezeichneter Vertretung seitens unseres Genossen John Labusquiere wurden die Mitglieder des Komite's jeder zu 15 Tagen Gefängnis und insgesamt zu 600 Fr. Entschädigung an Frau Patrice verurtheilt. Letzterer wurde außerdem das Recht zugesprochen, auf Kosten der Arbeiter das Urtheil in drei Zeitungen zu veröffentlichen; jedes dieser Inserate darf bis zu 200 Fr. kosten!

Wenn aber in Roanne sich 11 Ausbeuter verabreden, nicht einer Handvoll, nein Tausenden von Arbeitern die Löhne plötzlich herabzusetzen und denen, die sich nicht sofort fügen, ihre Werkstätten insgesamt zu verschließen, dann findet sich kein Staatsanwalt und kein Richter, der vom Eingriff in die Freiheit der Arbeit zu sprechen mag! Alle diese Gesetze „zum Schutze der Freiheit der Arbeit“ erweisen sich in der Praxis als nichts Anderes als Gesetze gegen die Freiheit der Arbeiter.

Gegenwärtig schwebt auch so ein Arbeitergesetz in der Luft und zwar das Gesetz über die „syndicalen Professionellen“ (Gewerksvereine). Da strengen die Herren Gesetzgeber in der Kammer und im Senat ihren ganzen Scharfsinn an, unter dem Schein eines durchaus „freisinnigen“ Gesetzes den Arbeitern jede ernste Wahrung ihrer Interessen zu erschweren. Während die Herren zur Erleichterung ihrer Ausbeutung sich mit Vorliebe billige Arbeitskräfte aus dem Auslande kommen lassen — so beträgt die Zahl der in Frankreich angestellten italienischen Arbeiter mehr als 300,000 — sollen die organisierten Arbeiter nicht das Recht haben, fremdländische Arbeiter in ihre Komite's zu wählen — sie müssen nämlich gegen die fremden Agitatoren „beschützt“ werden. Man sieht, überall die gleiche Heuchelei!

Ueber die Vorgänge in Nonceau les Mines in nächster Nummer.

— Aus Amerika. Almosen. Die Summe, welche jährlich in den Vereinigten Staaten in Gestalt von Dividenden kapitalistischen Kampagnen ausbezahlt werden — schreibt die „New Yorker Volkszeitung“ — beläuft sich auf mehr als zweitausend Millionen Doll. Rechnet man den Winderwerb des Kapitals hinzu, welchen der Zensus von 1870 angibt und welcher nicht von kapitalistischen Kampagnen ausbezahlt, sondern von einzelnen Privatkapitalisten aus ihren Geschäften bezogen wird, so waren es damals über 3000 Millionen Dollars reiner Profit, welchen die Arbeiter der Vereinigten Staaten den Kapitalisten als Almosen in einem Jahre bezahlten, und welcher in diesem Jahre wohl 6000 Millionen Dollars betragen wird. Rechnet man, daß die Kapitalisten in Gestalt von Almosen an Arme, Arbeitsfähige u. jährlich sechzig Millionen Dollars bezahlten — was weit über die Wirklichkeit hinausgeht, so ist dieses — gewöhnlich allein so benannte — Almosen immer erst ein Prozent gegenüber dem von Arbeitern an Kapitalisten entrichteten Almosen, welches freilich diesen Namen nicht führt. Wir leben ja in einer Gesellschaft der babylonischen Sprach- und Begriffsverwirrung. Warum sollten die Dividenden und Reingewinne nicht Almosen heißen dürfen? Sie sind nicht erarbeitet und verdient; sie sind ein Geschenk, zwar an Leute verliehen, welche es nicht nötig haben. Aber darnach, ob Bettler ein Almosen nötig haben, wird ja auch nicht gefragt. Sie verlangen es wie die Bettler und die Gesetze geben ihnen ein

Recht dazu, gerade wie sie die und da ein Recht zum Betteln an Kirchen-türen geben. Sie haben ebensowenig Schamgefühl wie die Bettler; sonst würden sie sich nicht von Anderen ernähren lassen ohne Entgelt. Und sobald die arbeitende Menschheit sich gewöhnt, Gerechtigkeit statt Vornehmigkeit zu fordern und zu erzwingen, wird sie auch die Zinsen, Dividenden und Reingewinne als Almosen verpöhlen.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— Hanau, im August. In dem ganzen zahllosen Heere der erniedrigten Wesen stehen keine niedriger als diejenigen, welche in unserer Stadt den „Barn“ haben, als wohlbestallte Polizeibeamte über Gesetz, Ordnung und Moral zu wachen. Das ist eine Thatfache, die als unbestritten bezeichnet werden darf. Langst haben sie, nach guter Anleitung „von Oben“, gelernt, den Sozialisten gegenüber jedes Mittel, hinterlistig, Intrigue, Brutalität, Lüge und Meißel in Anwendung zu bringen. Ihr Verhalten ist ein von völliger Hirnlosigkeit zeugendes kühnes Wälzen, das seinen Höhepunkt erreicht, so oft bei der Heßjagd gegen die Sozialisten ein Dorn sie in das faule Fleisch gestochen. „Wir wollen diesen Kerlen noch an den Kragen gehen wie der Teufel!“ — So sprach im Bewußtsein seines hohen „Barnes“ vor einiger Zeit einer unserer Polizeier Namens B. r. m. a. n. Da der Teufel seine Herrschaft in der Hölle übt, im Reiche der ausgelebtesten Niederracht, so ist er allerdings in Preußen ganz an seinem Plage. Leider aber besteht in dem höllischen „Rechtsstaate“ Preußen das verkehrte Verhältniß, daß die christlichen Leute zu Sträflingen gemacht werden, während ihre Peiniger, mit dem Stempel der Barmherzigkeit an der Stirne, sich „Diener der Gerechtigkeit“ schimpfen und bei all ihren gegen uns gerichteten Satans-funktionen sich auf „gesetzliche Autorität“ berufen.

Ueber die neuesten dieser Satansfunktionen nun ist folgendes zu registriren: Ende April ds. Jz. meldete der Cigarrenmacher Ramm auf hiesigen Polizeibureau eine öffentliche Versammlung der Tabak- und Cigarrenarbeiter zum Zwecke der Besprechung des Tabakmonopols an. Commisär Rammann jedoch erklärte dem Anmelde- rind heraus, aus der Versammlung könne nichts werden, denn da werde doch jedenfalls auch „der Frohme“ kommen, und der dürfe „auf Befehl des Herrn Land-raths“ nun und nimmer mehr hier sprechen. — Herr L. war „irrevolvant“ genug, gegen diese „gesetzliche“ Helei Ratur bei der Regierung in Kassel einzulegen, und diese — ein strenges Urtheil der öffentlichen Meinung fürchtend, dekretirte, daß der Versammlungsammlung stattzugeben sei. So fand denn die Versammlung am 17. April in den Sälen zur Reichskrone statt — und — den „Befehl des Herrn Land-raths“ verkehrend — erschien „der Frohme“ und referirte. Ihm zur Seite saßen als „Abgeordnete der Obrigkeit“ Polizeikommissär K o l f s und vordemwählter Schurmann B. r. m. a. n. Der Referent mochte etwa eine halbe Stunde gesprochen haben; er jitierte den bekannten Ausspruch des konservativen Reichstags-Parlaments u. Ludwig, betr. das Bagabunden-thum, da brach das Beschlagsig herein: langsam und unsicher, die Wäde furchsam auf die Waffe gerichtet, erhob sich Monsieur K o l f s und erklärte die Versammlung für geschlossen. Ein Sturm der Entrüstung brauste dem „Helben“ entgegen; Frohme wandte sich an ihn und erklärte, er protestire gegen diesen Akt der Willkür, die Auflösung sei durch nichts gerechtfertigt und werde er dagegen Rekurs ergreifen. K o l f s erwiderte: er folge lediglich seinen „Instruktionen“. Ein Versammlungsbesucher, Genosse Graebner, wandte sich an den Vorstehenden mit der Aufforderung, sich diese Auflösung nicht ruhig gefallen zu lassen. Dann ging die Versammlung unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Referenten sowie unter Pfui- und sonstigen schmeichelhaften Rufen auf die Polizei auseinander.

Held K o l f s und sein Schildknappe Barmann schwuren den Urhebern dieser öffentlichen Blamage, Frohme und Graebner, grimme Rache. Ja, das war so eine glühende Gelegenheit, den Sozialisten Eins am Jenge zu fäden, — jetzt oder nie galt es, dem Blüthensystem zu einer richterlichen Anerkennung durch Massenverurtheilung zu verhelfen! Also, frisch dran! — gelogen und gefälscht! — „Barmann, lieber Barmann“ — sagt K o l f s — „jetzt beweisen Sie Ihren Scharfsinn.“ Und Barmann nimmt mit pfiffigem Lächeln ein — Adressbuch zur Hand; — (buchstäblich wahr!) — zwar war es das von Anno 1880, aber das bemerkte der Wadere gar nicht in seiner Aufregung. 65 Nann schreibt er sich da heraus und — die Wäde der Angeklagten erpfer Serie ist fertig. Als bald wurden denn die beneidenswerthen Träger dieser Namen mit der Anklage beglückt, den Bestimmungen des § 15 des preussischen Versammlungsgesetzes entgegen sich nach erfolgter Auflösung der Versammlung nicht sofort entfernt zu haben.

Die am 20. Mai stattgehabte Verhandlung dieser Anklage gestaltete sich für K o l f s und Barmann zu einer recht hochinteressanten, für die Angeklagten und das Auditorium, ja selbst für die Richter, zu einer außerordentlich belustigenden Prozedur. Zunächst ergab sich, daß von den 65 Angeklagten an die 30 gar nicht in der aufgelösten Versammlung gewesen waren. Sechs weitere Angeklagte befinden sich schon seit Jahren in Amerika. Der Richter schüttele, während Publikum und Angeklagte in ein schallendes Gelächter anbrachen, den Kopf und schlug die Hände über dem Kopf zusammen. Der „scharfsinnige Barmann aber stand da, in Angstschweiß gebadet, vor Erregung und Verlegenheit hochroth glühend, seine frühere Gauner-Physiognomie in ein Krümmen-Gesicht verwanbelt, wie ein begostener Bubel. — „Adressbuch-Oimal“ ramm ihm eine Stimme aus den Reihen der Angeklagten zu, und er fährt zusammen, als hätte ihn eine Tarantel gestochen. Ja, ja, das Adressbuch hatte ihm einen bösen Streich gespielt, dem „Jenge“ Barmann. Und sein Kommisär, der „Jenge“ K o l f s, biß sich vor Erregung die Lippen blutig. Im trammenden preussischen Kommis-Schritte hatten Beide den Sitzungsstuhl betreten, Wäde des Jammers wankten sie hinaus, als der Richter verlinde, daß — abgesehen von den gar nicht in der Versammlung Gewesenen, gegen welche die Anklage nicht aufrecht erhalten wurde — sämtliche Angeklagte von Schuld und Kosten freigesprochen seien. Dieselben mögen sich für die gebabte Mühe trösten mit dem Gedanken, daß Hanau nunmehr einen „Adress-buch-Kriminal-Oimal“ im Original habe.

„Berzweigen wir nicht“, sagte Barmann zu Held K o l f s, „noch ist nicht Alles verloren. Wir haben ja Frohme und Graebner noch!“ Dem war nun allerdings so, die „hatten“ sie noch! Erlebten hatten sie Reichthumsbedürfnisse, Schwärmung und Verhöhnung von Staats-einrichtungen, Beamtenbeleidigung u., letzterem eine „Aufforderung zum Ugehoriam gegen Anordnungen der Obrigkeit“ auf den Hals gelogen. Herr Staatsanwalt Schumann war so gefällig, diese Lügen zu veritieren. Die Verhandlung beider Anklagen fand am 26. Juli vor der Strafkammer des Landgerichts hieselbst statt. Frohme führte seine Vertretung selbst, Graebner's Vertretung führte Herr Justizrath O s i n s. Gegen Frohme blieb übrigens nur die Anklage wegen „Beamtenbeleidigung“ aufrechterhalten. Begangen sollte dieselbe sein durch die an K o l f s gerichtete Erklärung, daß er zur Auflösung der Versammlung nicht berechtigt sei. Der Angeklagte wies nun zunächst nach, daß K o l f s sich allerdings einer geradezu unerhörten Gesegedverletzung schuldig gemacht habe. Angeklagter habe lediglich in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, als er gegen die Auflösung protestirte und dieselbe einer kurzen, aber scharfen Kritik unterzog. Der als Jenge erscheinende K o l f s erklärte, vom Landrath den „Auftrag“ erhalten zu haben, die Versammlung aufzulösen, wenn es ihm scheine, daß sozialistische Grundzüge darin erörtert würden.

(Fortf. folgt.)

— Aus der Pfalz. Wenn die Macher des Sozialistengesetzes glaubten, es habe dasselbe, wenn keinen weiteren, so doch wenigstens den Nutzen, das sozialistische Feuer auf seinen ursprünglichen Herd zu beschränken, so ist ihnen unerserleits schon verschiedentlich demonstriert worden, daß sie sich darin gründlich getäuscht haben, und mit jedem Tage häufen sich die Beweise. Dem Barmann des Sozialistengesetzes werden mit der Zeit die Zähne stumpf, wir wissen so gut wie früher für unsere Sache zu wirken, ob sie es nun eingesehen oder nicht, unsere Staatsretter müssen einsehen, daß sie ihr Pulver umsonst verschossen haben.

Briefkasten

der Redaktion Leipzig: Ihre Korrespondenz kommt in einer der nächsten Nummern zum Abdruck. Auch Ihre Wünsche bezi. Abg. wird entprochen werden.

der Expedition: Gebr. Hermingh. St. Louis: Beide P.-R. erh., Bestllg. besorgt. „Unsere Ziele“ vergriffen. — König New-York: A. B. hot Bf. erh. Bittel um Ihre Adresse. — Schluß: Bf. v. 14. u. 18. erh. u. am 16. 21. 22/8 beunnt. Alles beachtet. Am 19/8. anderseits gef. Bericht an A. folgt 25 Cts. Straßporto. Antipassen! — Unigenitus: Nachr. v. 15/8. erh. Antw. am 22. abgeg. — Georg: Bestllg. v. 13/8. besorgt. Vermittles nochmals reklamirt. — Columbus: Dank für Nachr. betr. D. Antw. Bf. am 17/8. fort. — Badener: Alles lt. Bf. v. 14. 8. besorgt. Bf. v. 22/8 hier. Mehrbesllg. folgt. — Schorfe: Dank für Bericht betr. D. Die Sache ist jetzt eingereicht. Bf. am 23/8. mehr. — Otto: Bestllg. v. 20/8. besorgt. Agitationsnummern nur gratis, so lange Steigerung im jetzen Abonnement dabei wahrnehmbar. — A. Beck: Bern: Fr. — 75 Ab. Aug. u. Septbr. erh. Abg. vorgem. — E. Wäge: Fr. 2,35 f. Schft. erh. Bestllg. abgeg., Sdg. für Sch. folgt, früber unmöglich, da große feste Nachbesllg. — F. J. P. Hallgar: M. 2,50 Ab. f. ab Mai bis Ende 3. Qu. erh. — Hannibal: M. 10. — d. Ufbs. dtd. jugen. Weiteres vorgem. — Mirjocellen: M. 1. — a. Cto. Ab. erh. — Der Bekannte: M. 300. — pr. Abt. Cto. u. J. dtd. erh. M. 75. — a. Cto. gutgebr. — Gausan: M. 43,15 pr. Ab. Cto. nach Vorschr. gutgebr. Abgung. über Früheres bringend nöthig. — G. Werner: M. 176,97 Ab. x. durch St. erh. u. dems. quittirt. M. Weiteres. Gruß! — Banjerschliff: M. 36. — Ab. 2. Qu. erh. Alles nicht zu vergessen. — Die alten Rothen: Bewillnschtes am 22/8. abgeg. Sonberbar, daß Ihr so ganz „ohne“ wartet. — Ruyrecht: M. 10. — a. Cto. Ab. 3. Qu. erh. Mehrbesllg. war fort. — E. S. E. M. 2. — Ab. Aug., Septbr. u. M. 2. — d. Ufbs. dtd. jugen., Bf. mehr. — S. Amsterdam: Fr. 5. — Ab. 3. Qu. erh. P.-R. mit bes. Merkmalwort am 23/8. noch nicht hier gew. — Fr. Bloch: M. 191,95 u. M. 50. — pr. Ab. Cto. gutgebracht. — Michel Stieber: M. 100. — a. Cto. Ab. x. gutgebr. u. M. 15. — dem „t.“ dtd. jugen. — Königsberg i. Pr.: M. 30. — pr. Ufbs. durch Freundeshand dtd. erh. — E. J. i. R.: M. — 80 f. Schft. x. erh. Stenographie unverständlich. — B. St. Basel: Fr. 38,50 erste Rate am 21/8 eingetr. u. gutgebr. — S. Fruchts Baltimore: 1 Doll. 25 Cts. f. Schft. erh. Sdg. abgg. — Lamejan: Fr. 88,60 a. Cto. erh. Bf. mehr. — Khasverus: M. 18,60 Ab. 2. u. 3. Qu. erh. Alles geordnet. — R-100-ph.: M. 72,50 a. Cto. erh. — Gjo. Wtgr.: Fr. 5. — von S. f. pr. Ufbs. dtd. erh. — R. S. Pöbrg.: dmsl. 5. — a. Cto. Ab. gutgebr. Bf. folgt. — B. L. St. Jmiec: Fr. 2. — Ab. 3. Qu. für J. R. verpfl. erh. Nachfrg. bewirkt. Fr. 12. — pr. Ufbs. gleichzeitig eingetr. Dank! Bf. folgt. — B. S. Paris: Bfllg. v. 21/8 abgg. Weiteres folgt, ebenso Bf. — G. B. B.: M. —, 70 Ab.-Rest 3. Qu. erh. Abg. vorgem. — Grachus f.: Bf. v. 21. hier. Bestllg. folgt ratenweise. Weiter brll. — h: Bf. v. 22/8 erh. u. sofort dem Adressaten nachgeschandt.

Allen Freunden und Genossen, besonders denen in Baden-Baden bei meiner Abreise nach Amerika ein herzlichs Lebwohl! August Schneider.

Durch E. Meyer, Photograph in Braunschweig ist zu beziehen: Das Grabdenkmal von W. Bracke. Aufgenommen am Tage der Enthüllung, 29. Mai 1881, in Cabinet-format. Einzeln 40 Pfg., bei Partien von 10 Expl. von 35 Pfg.

- Abonnements auf den „Sozialdemokrat“ werden aussor beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen- genommen bei folgenden Filialen: Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen. Winterthur W. Soubert, Cigarrenfabrik, altes Schützenhaus. Basel Deutscher Verein. Bern Adolf Becker, per Adr. D. Welti, Brannengasse 20. Chur F. Pfann, Buchdruckerei Conzett. Genf Michels, Deutscher Verein. Paris Albert Vogel, rue des Maronites Nr. 3. Kopenhagen K. F. Möller, Klorkegade 7, 2 Sal. til Gaden. Antwerpen Ph. Coenen, Dammbrüggenstraat 11. P. Baum, 2 rue St. Gommaire. Gent Jan Finjaer, Belgradstraat 36. Brüssel A. Hochheim, rue de l'escalier 4. Verviers Charles Picreaux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont. Liège I. F. Guery, rue Hors-Château 98. London Communist. Arb.-Bild.-Verein, 49 Tottenham Street, Tottenham Court. Road, W. H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W. Glasgow Ernst Köhler, Glebestreet 81, II. F. Jonscher, 335 G. Street. H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City. Jos. Strauss, 356 East. 19 Street. A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung“, 184 William Street P. O. Box 3560. Brocklyn N.-Y. E. A. Engelbrecht, 56 Lorimer Str. E. D. N.-Y. Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Street, care of Philad. Tageblatt. F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street. Chicago Ill. A. Lanfermann, 107 5 the Avenue. Cincinnati, O. G. Schumann, 16 Mercer Street. St. Louis Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue. Lawrence Mass. Louis Martin, 35 Park Street. Scranton Pa. John Goebel, Maschinist. Pittsburg S. S. Pa. Chr. Meler, care of Lüther, 18 Street Nr. 110, 33. Buenos-Aires Rudolfo Mücke, Calle 25 de Mayo 241. Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Schlosser, Schreiner u. s. w. mit 12, 15, 18, 24 Proz., die Linderarbeiten mit 35 Proz. unter den Vorausschlag herabgesetzt, wohin soll das führen? Wir unseres Frachts denken, das führt indirekt zu uns, d. h. zum sozialistischen Staat. Wenn unsere Herren Arbeitgeber in der Weise fortwirthschaften, wenn sie auf eine so erbärmliche Art die Industrie herabdrücken, d. h. einander Konkurrenz bieten, dann wird es freilich erklärlich, daß das arbeitende Volk darben mag. Da sucht immer einer dieser jamosen Hallunken den andern auf Kosten der Arbeiter zu ruinieren, um nur sein „meisterliches“ Aussehen zu wahren, und gleichzeitig schreien diese Herren hinterher, es wird nichts verdient, die Arbeiter wollen nichts mehr schaffen. Wer in Wahrheit nichts schaffen will, das sind diese Herren, die nur darauf denken, stott zu leben und spazieren zu gehen, ohne sich darüber Stempel zu machen, in welcher elender Weise sie die Arbeiter auf solche Art zu Gunsten des Großkapitals ausbeuten, und wie oft der von ihnen ausgebeutete Arbeiter nicht mehr lebt, sondern nur noch elendiglich vegetirt.

Zum Schluß wollen wir noch einen der beliebtesten Babelkumpen — halt! — „Gäste“ etwas näher betrachten und es dem Leser überlassen, nachstehendes mit der oben erwähnten Bitte in Vergleich zu bringen. Der in allen Ehren verabschiedete russische Reichszanzler Gortschakoff, der hier die Früchte seiner ehrenvollen Wirkksamkeit verjehrt, unterhält ein allerliebtestes Verhältniß mit einer Lustdiene, pardon! geheimen Liebhaberin und läßt sich nicht nur zu ihr führen, sondern auch noch die Treppe hinaustragen, da ihm die Beine infolge hohen Alters und „sittigen“ Lebenswandels den Dienst verlagern. Diese edle Dame wohnt in Riethe und scheint mit dem Vermieter, wahrscheinlich ihres guten Betragens halber, einige Differenzen bekommen zu haben; was thut man unser guter Reichszanzler, um diesen kleinen Kalamitäten auszuweichen? Er kauft seiner Angebeteten eine Villa zum Preise von 60,000 Rbl. Da die Dame von „blauen“ Blute zu sein scheint, mußte sie auch noch geachtet werden; solche Leute gehören in jene „höheren“ Klassen.

Für einen verunglückten Arbeiter in drei Wochen die große Summe von 16 Rbl. für eine Diene eine Bagatelle von 60,000 Rbl.!

O Volk! Wann wird es Dir klar werden, wie das rothe zum blauen Blute steht!

Brot!

(Nach Pierre Dupont.)

Wenn am Gehad' und in den Lüften
Sich keine Mühle mehr bewegt;
Wenn, mählig weidend auf den Dreisten,
Der Fiel keinen Saok mehr trägt;
Dann, wie ein Wolf, am hellen Tage
Kähen tritt der Hunger in das Haus;
Ein Weiter rüft sich zum Schlage,
Und durch die Luft geht ein Gebräus:
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Der Hunger kommt vom Dorf gegangen,
Eingiebt er durch der Städte Thor;
So haltet ihm doch eure Stangen
Und eure Trommelstöße vor!
Trog Pulver und Kartätschenschauer
Rach wie ein Vogel ist kein Lauf,
Und auf der allerhöchsten Reuer
Pflanzt er sein schwarzes Banner auf:
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Laßt eure Söldnerhausen kommen
In gleichem Schritt, mit gleicher Wehr!
Der Schener und der Hirz genommen,
Hat Waffen auch des Hungers Herr;
Es reißt die Schanfel aus der Scholle,
Die Sense reißt es aus dem Korn;
Sogar des Mädchens Brust, die volle,
Pocht an die Kolbe ihren Jörn.
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Vadt, in des Volkes muth'gen Reichen,
Wer Sichel oder Hinte trägt!
Laßt immer das Geriß uns dräuen,
Auf dem das Beil den Kopf abschlägt!
Hat es, in fust'rer Schauer Mitten,
Hat es, die Luft durchjuckend schen,
Der Opfer Leben nun zerschneitten,
Dann thut ihr Blut noch diesen Schrei:
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Brot thut uns Roth! Brot mag man haben!
Die Luft und Wasser thut es Roth!
Wir sind des alten Herrgotts Kaden:
Was er uns schuldet, ist das Brot!
Doch leht, die Schuld ist abgetragen:
Er gab uns Land zur Aehrenjucht,
Und kann nicht noch in allen Tagen
Die Sonne reifen unsre Frucht?
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Die Welt ist halt noch Wildniß eben —
Und sollte doch aus Korn und Rais
Ein blonder Wirtel sie umgeben
Som Pol bis an den Wendekreis!
Laßt uns der Erde Schoß zerreißen!
Laßt uns — wir schlügen uns genug! —
Laßt uns des Krieges schneidend Eisen
Verwandeln in den stillen Pflug!
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Der Kabinette Thun und Lassen,
Was gilt es unserm Vieuenschaarm?
Boju noch für der Fürsten Hasen
Bewaffnen der Jolkopenarm?
Das Volk ein Meer! Som nackten Herde
Braut! es heran und schwillt und droht!
Erbeht — und gebt dem Pflug die Erde,
Und nimmer schlen wird das Brot!
Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten,
Des Volkes nicht, das hungernd droht!
Denn die Natur hat ihn geboten,
Den Schrei: Brot! Brot! Brot thut uns Roth!

Ferd. Freisgrath.

Von unserer Pfalz haben wir zu berichten, daß wir nicht allein den früheren Besitzthand unserer Partei wieder beisammen haben, sondern daß auch eine erfreuliche Anzahl neuer Orte und Wirkkämpfer hinzugetreten sind. Unsere Polizei ist eben so gut oder schlecht wie andernorts und unsere liberale Partei steht ihr nicht nur würdig zur Seite, sondern sie marschirt ihr stramm voraus. Die Mittel, welche diese Gesellschaft anwendet, um zu bekämpfen, spotten jeder Beschreibung. In La m b r e c h : 3. B. verkrachten sie mit Hilfe des Brokfordes unsere armen Genossen erst zu Lampen und dann zu Brechern zu machen; daß es nicht soweit kam, ist nicht ihre Schuld. Jedoch wir haben ein gutes Gedächtniß!

Daß dieser knochtlichen Rote nichts heilig ist, wenn es zu verleunden gilt, zeigt der Fall P a u l u s : während sie zu Lebzeiten unseres Genossen zu feig war, ihn irgendwie anzugreifen, machte sich dieses Geschmeiß über seinen Leichnam her, da ein Todter sich bekanntlich nicht mehr verteidigen kann. — Die Speyerer Polizei hat vor einiger Zeit wieder einen ihr Ehre machenden Streich gelistet. Einige Pigarrenarbeiter wollten nämlich eine Konopstodermammlung abhalten und ließen zu dem Zwecke nach eingeholter Genehmigung des Wachtmeisters eine Liste zur Deckung der Kosten aufstellen. Pöblich witterten jedoch einige Spürnasen, daß die Sozialisten dahinter steckten, und wurde deshalb die Verammlung v e r b o t e n , das gesammelte Geld konfiskirt und die Veranshalter unter Anklage gestellt; der Hauptanführer dieses sauberen Streiches war ein liberaler Redakteur, von S a n g e r o w heißt der Ehrenmann.

Auch die S c h w a r z k u t t e n rumoren gewaltig gegen uns, vorab der schon einmal im „Sozialdemokrat“ gekennzeichnete froche Pfaff in R a u d a c h . Auf der Kanzel und im Beichtstuhl wüthet derselbe unangebrocht gegen uns, auch in O g g e r s h e i m gab er unlängst bei Gelegenheit eines Wackelertages seine Unfähigkeit zum Besten. (Es kommen da gewöhnlich einige Duzend dieser Keuschheitsritter zusammen, um den Ueberichuß des Tages zu verfreßen und zu verkaufen.) Was durch diese Schimpfereien erreicht wird, ist am besten aus dem Wahlergebniß R a u d a c h s zu ersehen; wir erhielten nämlich in dem kleinen Ortchen 112 Stimmen, während die beiden Gegner nur je 10, resp. 12 Stimmen erhielten.

Einen Artikel will ich hier noch erwähnen, den ein Gegner der obigen, nämlich ein protestantischer Pfaffe, in dem konservativ-liberalen Schmahblatt „Pfälzer Kurier“ losließ. Der Mann Gottes lamentirt darüber, daß die schlaunen katholischen Pfaffen es im Beichtstuhl u. s. fertig zu bringen wüßten, daß bei gemischten Ehen die Kinder katholisch werden müßten und daß dadurch den Protestanten manche Seele entrisßen würde; als Beweis führt er O g g e r s h e i m an, das früher ein protestantischer Ort gewesen sei und jetzt überwiegend von Katholiken bewohnt werde. Er fordert nun seine Kollegen zu gleichem energischen Handeln auf, da sonst den Protestanten ein politisches und religiöses Kanossa bereitet würde. — Es wird dies eine nette Kauferei abgeben, wenn sich die Kerle um die armen Seelen ihrer Schäfchen herumzerren, und jedoch kann es nur recht sein, denn es kommt dadurch so weit, daß sich das Volk immer mehr und mehr von dieser vollverbummelnden Spießhaft abwendet.

Die jämmerlich unsere „D e m o k r a t e n“ sich beim Verbot des H a m b a c h e r f e s t e s betommen haben, ist Ihnen schon bekannt, jedoch vielleicht weniger, wie deren Organe über die Sozialisten loszogen, die es unternehmen, eine dem Tag entsprechende rechte Fahne in Hambach aufzuhissen, sowie eine die Bedeutung des freieschillernden Fingerringes unseres waderen Landmanns J o h a n n P h i l i p p B e c k e r zu verbreiten. Jedenfalls wollten sie sich dadurch der Polizei gegenüber reinwaschen. Da viele Genossen im Glauben sein mögen, daß beim Verlach, die rothe Fahne aufzuhissen, unsererseits unübergelegt gehandelt worden sei, so mag ich hier bemerken, daß dies nicht der Fall war; im Gegentheil, der Plan war gut organisiert. Daß es trotzdem zur Verhastung kam, daran war hauptsächlich der Umstand schuld, daß der ausgeheckte Wackelposten etwas zu früh vom Plage ging; derselbe sah die Patrouille Abends vom Schlosse herab, die Abküstung aber nicht hinaufgehen; außerdem hatte dieselbe sich von ihrem gewöhnlichen Wackelplage am Eingange des Schlosses in einen im Hintergrunde liegenden Pavillon zurückgezogen. Große Entrüstung erregte bei den schlichten Bewohnern Hambachs und Umgebung die Behandlung E h r h a r d t ' s . Derselbe wurde nämlich bei seiner Verhastung sofort in Ketten gelegt und auf dem Schlosse gefangen gehalten, Morgens dann von einer größeren Eskorte Gendarmen nach Reustadt transportirt, woselbst der Untersuchungsrichter selber die Freilassung beantragte. Trotzdem wurde Ehrhardt auf Befehl des nationalministerablen Stiebers Bezirksamtmann S i e b e r mit einem Möbder zusammengeschlossen, nach Reustadt transportirt, dort ohne Verhöer über Nacht in Haft behalten, Tags darauf, immer noch in Ketten, und zwar so, daß die Gelenke mit Blut unterlaufen waren, nach Reustadt zurücktransportirt und dort auf freien Fuß gesetzt. Ehrhardt hat wegen dieser Behandlungswelse bei der Regierung in Speyer Beschwerde eingelegt, was zwar soviel heißt, als den Teufel bei seiner Großmutter verflagen; indes, gerade ein Sozialist darf sich kein Recht nehmen lassen.

Uebrigens haben wir durch unser Vorgehen unseren Zweck vollständig erreicht; wir haben die Bevölkerung Reustadt's und Umgebung auf die Bedeutung des Tages aufmerksam gemacht, wir haben ihr gezeigt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die in jeder Zeit die Fahne der Freiheit hochhält, während alle anderen Parteien, voran die großmüthigen Demokraten und Fortschrittler, vor der Polizei und ihrem Anhängel freig in den Staub trichen.

Der Schluß des Hambacher Drama's wird sich jedenfalls vor Gericht abspielen, da die Polizei alle Hebel in Bewegung setzt, um die Verhändten Ehrhardt's ausfindig zu machen. Auch die Flugblattvertheilung wird damit in Verbindung gebracht; mehrere Genossen, namentlich in O g g e r s h e i m , nahmen dieselbe ganz öffentlich vor. Ueber den Ausgang der Sache werde ich Ihnen feinerzeit berichten.

Nachzutragen wäre noch, daß dem Eingangs erwähnten frommen Pfaffen in Raudach Schulden halber seine Sachen gepfändet wurden; ob ihm seine schwarzen Brillen aus der Klemme geholfen, konnte ich bis jetzt nicht erfahren. Ein H a m b a c h e r .

— Baden-Baden, den 8. August 1882. Dieser Tage hat uns einer unserer thätigsten Mitstreiter verlassen. Genosse August Schneider ist nach Amerika ausgewandert.

Möge es ihm in der neuen Welt besser ergehen als hier. Unsere besten Wünsche geleiten ihn über das Meer an den neuen Ort seiner Bestimmung.

— Baden-Baden. Wenn wir hier auch über die andernorts üblichen Polizei- und Demuziantenschuldfereien bis jetzt nicht zu klagen hatten, so haben wir dagegen reichlich Gelegenheit, den geheiligten Klassenhaat und dessen jamose Gesellschaftsordnung in ihrer ganzen Schandheit kennen zu lernen.

Da lesen wir u. A. in einem hiesigen Lokaltlatte nachstehende „Bitte an mildthätige Menschen“. Ein armer Familienvater, der das Unglück hatte, einen Fuß zu brechen, bittet mildthätige Menschen um Gaben zur Anterhaltung eines höhernen Beines, um sein tägliches Brod wieder verdienen zu können.“ Wie der heutige Staat für verunglückte Arbeiter sorgt, beweist obiges Bittgesuch. Betteln und Orgeldrehen, das sind die einzigen Hilfsquellen, auf welche derselbe seine verunglückten oder abgeroderten, zur weiteren Ausbeutung untauglich gewordenen Angehörigen verweist, während die übliche Polizei redlich dafür sorgt, daß auch diese an sich schon für den braven Proletarier bittere Erwerbsscholle verlegt und der „Vagabund“ bei Wasser und Brod hinter Schloß und Thurm. Som Staate ist demnach nichts zu erwarten. Wollen wir nun leben, was die „gute“ und „bessere“ Gesellschaft thut.

Die Stadt Baden-Baden, einer der ersten Badeorte Deutschlands, ist besonders gegenwärtig so glücklich, sehr viele Mitglieder der „besseren“ Gesellschaft, Fürsten, Grafen, Rittergutsbesitzer u. s. zu beherbergen; man hätte daher annehmen dürfen, daß es für den verunglückten Familienvater reiche und noch reichere Spenden regnen würde. Aber „Errare humanum est.“ Irren ist menschlich; in ca. 3 Wochen sind in Summa 16 Ml. zusammengespendet worden und fragt es sich dabei noch, ob diese saubere Gesellschaft überhaupt beigetragen, oder ob nicht lediglich Proletarier es waren, die diese Summe gesenert. Also nichts thut der Staat, nichts thut die Gesellschaft für den „armen Mann“. Worte ohne Werth herlagern, himelose Projekte entwerfen zur Abwehr der sozialen Roth, die bewährten Vorkämpfer der Sozialisten verdächtigen und verdounern und sich dabei als „erbarmende“ Volkskammer anbochen zu lassen, das sind die „Opfer“, welche die Korpphden dieser Gesellschaft bringen.

Die zweite Notiz lautet: „Eingekandt. Bei der Submission zum Ausbau des hiesigen Krankenhanles wurden neben der Maurer-, Zimmer-,